

WIR HÄTTEEN ES WISSEN KÖNNEN

~ . ~ . ~ . ~ . ~

Aus der Reihe Reflexionen 2023

von Dieter Georg a.d.F. J ü r g e n s

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Wie Geld wirklich entsteht	3
Besatzungsmacht USA	12
Gleich, Gleicher, Ungleich	17
Wählen oder nicht wählen?	19
Nehmen ist seliger denn geben	20

VORWORT

Du hast mit Politik nichts am Hut? Politik interessiert Dich nicht?

Aber ob Du es willst oder nicht: Politik beeinflusst Dein tägliches Leben.

Und das äußerst nachhaltig. Politik nimmt ständig Einfluss auf unsere Lebensumstände und unsere Lebensqualität.

Du willst wissen, wie die Politik in den nächsten Jahren aussehen wird?

Dann schau in den Spiegel, denn Du bist dafür verantwortlich. Denn nicht die Politiker sind Deutschland, sondern DU.

SAPERE AUDE!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons-Lizenz (Namensnennung * Nicht kommerziell * Keine Bearbeitungen 4.0 international) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.

Zum Verfasser: Dieter Georg a.d.F. Jürgens, Jahrgang 1950. Studium der Wirtschaftswissenschaften. Nachfolgend u.a. DBV-Schulungsbeauftragter für den Öffentlichen Dienst, Personaltrainer und Coach für die Assekuranz und den Finanzsektor. Heute freier Journalist und Publizist.



WIE GELD WIRKLICH ENTSTEHT

Das hat jeder schon gehört: „Die Banken drucken frisches Geld“ - und viele denken, dass frische Geldscheine mit bunter Farbe bedruckt und neue Münzen geprägt werden. Allerdings ist inzwischen auch vielen bekannt, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass „Geld“ überwiegend durch Kreditvergabe aus dem Nichts entsteht, was im Folgenden noch näher erläutert wird.

Das führt dazu, dass das Verhältnis zwischen Bargeld (=zum Anfassen) und Buchgeld bzw. Giralgeld (=Kontoauszug) inzwischen in einem krassen Missverhältnis steht. Statistisch und im Durchschnitt gesehen macht der Bargeld-Anteil daher deutlich weniger als 5 Prozent aus. Die restlichen mehr als 95 Prozent sind sogenanntes Buchgeld bzw. Giralgeld.

ZUR BEDEUTUNG DES BARGELDS

Bargeld ist in Deutschland weiterhin das meistgenutzte Zahlungsmittel. Gemäß einer Umfrage der Deutschen Bundesbank führt jeder Deutsche durchschnittlich etwa 100 Euro in bar im Portemonnaie mit sich. Viele Menschen schätzen am Zahlungsmittel Bargeld, dass es für Jeden verfügbar ist und schnell überall eingesetzt werden kann. Allerdings zeigen andere Umfragen ebenfalls, dass auch das kontaktlose Bezahlen in Deutschland immer beliebter wird – vor allem seit Ausbruch der sog. Coronap(l)andemie. Im Jahr 2021 hatten etwa 62 Prozent der Bundesbürger im Handel schon einmal kontaktlos mit ihrer Girocard bezahlt. Vor der sog. Coronakrise waren es im Jahr 2019 lediglich 30 Prozent.

Durch Aufhebung der Golddeckung des Geldes durch den amerikanischen Präsidenten Nixon im Jahr 1971, stellt „Geld“ nunmehr nur noch den Wert dar, den wir ihm zumessen. Jeglicher Zins auf das Geld erhöht die ungedeckte Geldmenge

unaufhörlich und heizt die Inflation (= Geldentwertung, Kaufkraftverlust) an.

LASSEN WIR ZAHLEN SPRECHEN

- Zum Ende des Jahres 2022 belief sich der **Bargeldumlauf (M0)** im Euro-Währungsgebiet auf eine Summe von rund **1.545 Milliarden Euro**. Unter Bargeld versteht man Geldscheine und Münzen.
- Im Dezember des Jahres 2022 belief sich das **Mindestreserve-Soll** aller Banken im Eurogebiet auf rund **166,7 Milliarden Euro**.

Die Mindestreserve wird durch die **Europäische Zentralbank (EZB)**, bestimmt. Sie legt fest, dass das jeweilige Kreditinstitut einen gewissen Prozentsatz der **eigenen Verbindlichkeiten** als Guthaben auf Konten der Zentralbank lagern muss. Dies ist für alle Kreditinstitute im Euro-Währungsraum verpflichtend.

- **Addiert** man zum Bargeldumlauf (M0) die Sichteinlagen der Nichtbanken, also etwa **Guthaben auf Girokonten** über die jeden Tag verfügt werden kann, so erhält man die **Geldmenge M1**. Ende Dezember des Jahres 2022 belief sich die Geldmenge M1 in der Eurozone auf eine Summe von rund **11,33 Billionen Euro**.
- **Geldmenge M2**: Zu den Geldmengen M0 und M1 kommen Einlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten (Sparbuch, Festgeld) bzw. weitere Einlagen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren (z.B. Anleihen mit kurzer Laufzeit). Ende Dezember des Jahres 2022 belief sich die **Geldmenge M2** in der Eurozone auf eine Summe von rund **15,27 Billionen Euro**.

- Geldmenge M3:** Abgeschlossen wird die Geldmenge durch Anteile an Geldmarktfonds, Geldmarktpapieren, Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und Repoverbindlichkeiten (Repurchase Agreements = Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften). Hierbei handelt es sich um Kredite, die durch Wertpapiere abgesichert sind). Ende Dezember des Jahres 2022 belief sich die **Geldmenge M3** in der Eurozone auf eine Summe von rund **16,1 Billionen Euro**.



Mindestreserve-Soll der Banken im Eurosystem von 1999 bis Februar 2023 (in Milliarden Euro)



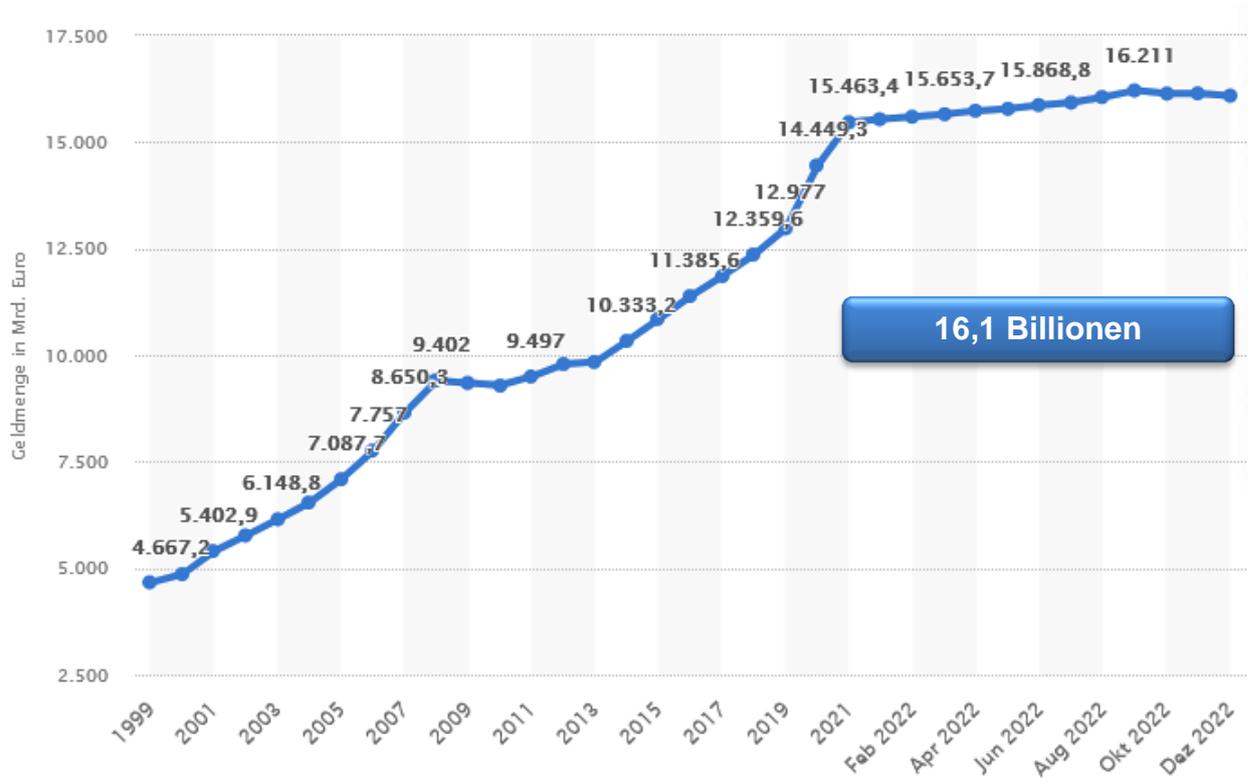
Entwicklung der Geldmenge M1 in der Eurozone von 1999 bis Dezember 2022 (in Milliarden Euro)



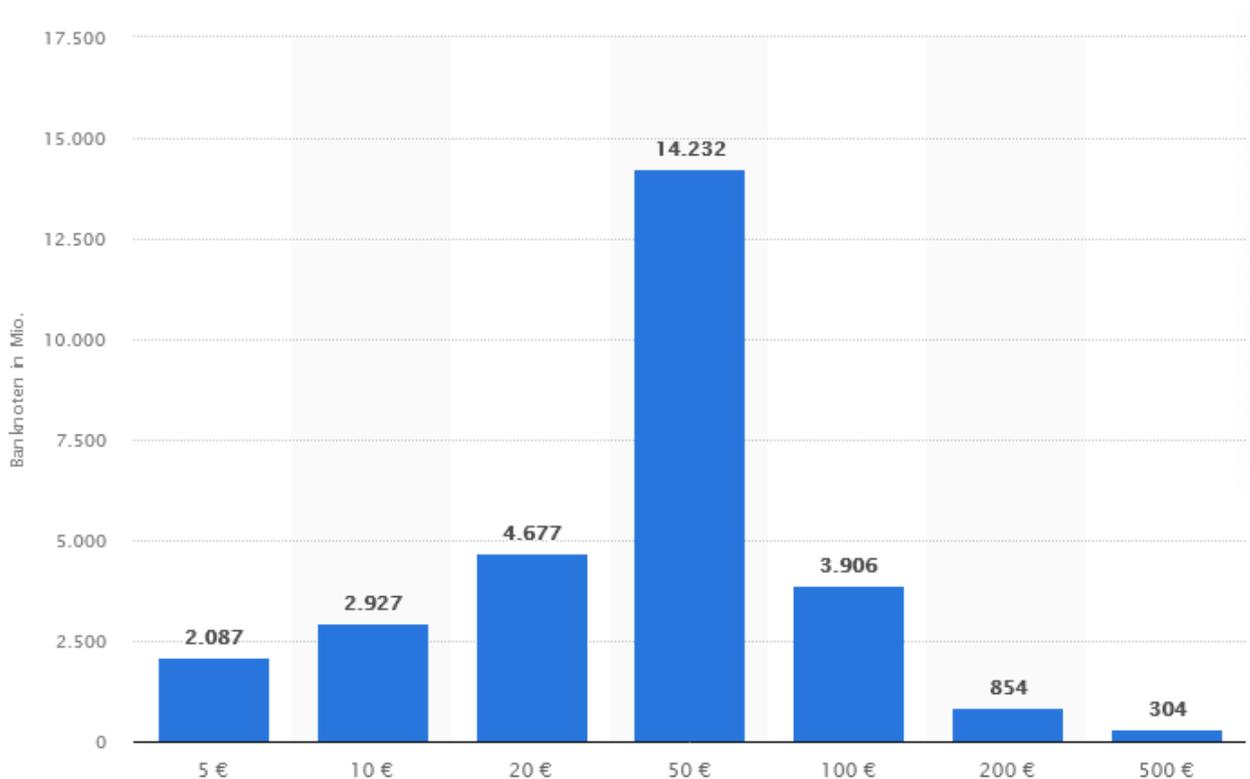
Entwicklung der Geldmenge M2 in der Eurozone von 1999 bis Dezember 2022 (in Milliarden Euro)



Entwicklung der Geldmenge M3 in der Eurozone von 1999 bis Dezember 2022 (in Milliarden Euro)



Euro-Banknoten im Bargeldumlauf im November 2022 (in Mio. Banknoten)



FAZIT – NUR BARES IST WAHRES

Betrachten wir die verschiedenen Geldmengen und stellen sie gegenüber, kommen wir zu einem beunruhigenden Bild. Wir sehen ein krasses Missverhältnis des verfügbaren Bargelds „zum Anfassen“, gegenüber dem überwiegend aus dem Nichts geschaffenen „virtuellen“ ungedeckten Geld.

UND: Unschwer zu erkennen, dass die gesetzlichen **„Einlagensicherungs-Garantien“** der Banken über 100.000 Euro pro Kunde/Bank kaum, wenn überhaupt, nur durch die Höhe des Mindestreserve-Solls abgedeckt werden. **Danach kommt NICHTS!**

Beispiel:

- In der Euro-Währungszone lebten Ende 2022 rund 343 Mio. Menschen.
- Wenn davon nur 0,485 Prozent (ca. 1.66 Mio) **ein** Konto hätten,
- wären damit bereits die Einlagensicherungs-Garantien durch das Mindestreserve-Soll aufgebraucht!

EIN EXKURS - WIE GELD AUS LUFT ENTSTEHT

(Aus einem Artikel und Vortrag vom 13.09.2012)

Hand auf's Herz: Glauben Sie, dass Banken ausschließlich die Spareinlagen ihrer Kunden als Kredit verleihen?

Was passiert, wenn ich beispielsweise bei meiner Bank einen Autokredit über 20.000 Euro aufnehme?



In diesem Beispiel wurden aus
400 €
 (Eigenkapital der Bank)
 plötzlich **22.957 €**.



Davon sind
22.557 €
 durch reine Geldschöpfung aus dem
 NICHTS entstanden.

ABER WIE FUNKTIONIERT DAS GENAU?

So müsste **normalerweise** Dein Autokredit gebucht werden



1. Kunde **erhält** einen **Autokredit** über 20.000 Euro.

BILANZ

AKTIVA		PASSIVA
Zugang ↓ S Forderung an Kreditnehmer H		
20.000		
S Kasse H		
		↓ Abgang -20.000

2. Kunde **zahlt Autokredit** über 20.000 Euro **zurück**.

BILANZ		AKTIVA	PASSIVA
S	Forderung an Kreditnehmer	H	<div style="border: 2px solid blue; padding: 10px;"> <p>Bei Rückzahlung des Kredits sind die Salden wieder ausgeglichen. Er löst sich auf und verschwindet dorthin, wo er hergekommen ist: In LUFT.</p> </div>
20.000	-20.000		
	Rückzahlung Kredit		
S	Kasse	H	
20.000	-20.000		

FAZIT

Daraus folgt: Zahlen alle Schuldner ihre Schulden zurück, befindet sich kein Geld mehr im Kreislauf. Es löst sich in LUFT auf.



Aus diesem Grund **MÜSSEN** Banken ihren Umsatz durch „Produktion“ von Geld immer steigern, damit genügend (Kredit-) Geld im Umlauf ist.

So bilanzieren Banken tatsächlich

B I L A N Z

AKTIVA		PASSIVA	
Mittelverwendung		Mittelherkunft	
Umlaufvermögen			
- Forderungen an Kreditnehmer	20.000	Fremdkapital - Verbindlichkeiten an Kreditnehmer	20.000
Bilanzsumme:		20.000	20.000

Statt jedoch bei Schuldentilgungen in der Bilanz einen sogenannten „Aktivtausch“ vorzunehmen, bilanzieren die Banken ihre Forderungen als **VERBINDLICHKEITEN** auf der Passiv-Seite. Es findet eine „**Bilanzverlängerung**“ statt.

Eine **FORDERUNG** wird also mit einer **VERBINDLICHKEIT** begründet.
Vollkommen absurd – die doppelte Buchführung macht’s möglich!

B I L A N Z

AKTIVA		PASSIVA	
Mittelverwendung		Mittelherkunft	
Umlaufvermögen			
- Forderungen an Kreditnehmer A	50.000	- Verbindlichkeiten an Kreditnehmer	50.000
- Forderungen an Kreditnehmer B	50.000	- Verbindlichkeiten an Kreditnehmer	50.000
- Forderungen an Kreditnehmer C	50.000	- Verbindlichkeiten an Kreditnehmer	50.000
Bilanzsumme:		150.000	150.000

Und so bläht sich das Bilanzvolumen von Kredit zu Kredit durch sogenannte Bilanzverlängerung immer mehr auf.

Die Geldschöpfung aus „Luft“ ist jedoch nur das kleinere Problem.

Das größere besteht in der Tatsache, dass es sich dabei um eine **doppelte Schuld** handelt (Kreditnehmer **UND** Bank), für welche die **ZINSEN** im System **NIE** (als „gesetzliches Zahlungsmittel“) erzeugt werden!

ZINSEN - WAS SIE BEWIRKEN

Als Zinsen kann man gewöhnlich den Preis für das Leihen von Geld bezeichnen. Entweder man leiht sich als Schuldner Geld und zahlt dafür einen bestimmten Prozentsatz für das geliehene Geld als „Leihgebühr“, oder man verleiht eigenes Geld (z.B. an Banken) und erhält dafür ebenfalls eine prozentuale „Verleihgebühr“.

Zinsen sind also für Gläubiger ein klassisches Beispiel für leistungsloses Einkommen. Für Schuldner sieht's dafür nicht so gut aus. Besonders der Zinseszins (Zinsen auf Zinsen) wirkt sich durch die Exponentialfunktion massiv auf die Geldproduktion aus dem Nichts aus.

Das Prinzip des Zinseszinses ist simpel: Auf angelegtes Kapital erhält man in der Regel Zinsen, die der Anlage gutgeschrieben werden. Werden die Zinsen nicht ausgegeben und bleiben in der Anlage, werden sie in der darauffolgenden Zinsperiode zusammen mit dem ursprünglichen Kapital verzinst. Damit wächst das zu verzinsende Kapital und man erhält dementsprechend mehr Zinserträge als in der vorangegangenen Zinsperiode. Dies führt dazu, dass das Vermögen immer schneller ansteigt (exponentielles Wachstum). Umgekehrt bei Schulden: Wird keine Tilgung auf die Schuldsomme gezahlt, steigen die Schulden.

FAZIT:

- Durch Zinsen wird zusätzlich weiteres „Geld“ generiert.
- Dies führt in der Folge zu einem **exponentiellen Anstieg** sowohl von Guthaben als auch von Schulden.
- Am Ende steht der Zusammenbruch unseres Geld-Systems.

ZUR MINDESTGELDRRESERVE

Wikipedia, Stand: April 2023

*„Mindestreserven sind im Bankwesen Pflichtguthaben, die Kreditinstitute kraft Gesetzes bei ihrer Zentralbank unterhalten müssen. Sie sind nicht täglich zu halten, sondern innerhalb einer Mindestreserveperiode im Durchschnitt und betragen im **Eurosystem** derzeit **1%** der sogenannten Mindestreservebasis. (..) Zentralbanken einiger Länder, wie Australien, Kanada, Großbritannien oder Schweden, fordern zurzeit keine Mindestreserve“.*

Wichtige Mindestreservesätze

Zentralbank	Satz
Chinesische Volksbank	8,4 %
Europäische Zentralbank	1 %
Federal Reserve System (USA)	0,0 %
Schweizerische Nationalbank	2,5 %

„WÜRDEN DIE MENSCHEN VERSTEHEN, WIE UNSER GELDSYSTEM FUNKTIONIERT, HÄTTEN WIR EINE REVOLUTION – UND ZWAR SCHON VOR MORGEN FRÜH“.

(Henry Ford)

„WAS IST EIN EINBRUCH IN EINE BANK GEGEN DIE GRÜNDUNG EINER BANK?“

(Bertold Brecht)



BESATZUNGSMACHT USA

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat die US-Armee zahlreiche Militärbasen in Deutschland übernommen und ausgebaut.

Es ist allgemein bekannt, dass die US-Armee in vielen Ländern Militärstützpunkte unterhält. Natürlich auch in Deutschland. Wenn Sie „Ramstein“ hören, wissen Sie vermutlich, dass von dort aus die tödlichen Drohneneinsätze in Afghanistan gesteuert wurden. Aber hätten Sie gewusst, dass die US-Armee neben Ramstein noch mindestens 100 weitere Militärstandorte auf deutschem Boden unterhält? Viele davon sind in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt.



Militärstandorte in Deutschland und weltweit

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat die US-Armee zahlreiche Militärbasen in **Deutschland** übernommen und ausgebaut. Prof. David Vine von der American University in Washington D.C. spricht von **119 (!)** Militärstandorten; Stand 2021. In Deutschland, konkret in Stuttgart-Vaihingen, befinden sich zugleich die strategische Zentrale des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten (**EUCOM**) und die des obersten alliierten Befehlshabers der NATO, **Supreme Allied Commander Europe**. Sie befehligen alle US-Streitkräfte „in 51 überwiegend europäischen Ländern“. Ebenfalls in Deutschland wurde im Jahr 2007 **AFRICOM**, das Oberkommando über US-amerikanische Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten und Dschibuti, aufgebaut. Kein afrikanischer Staat hatte sich dafür als Standort

zur Verfügung gestellt. Diese ungeheure strategische Militärpräsenz der USA in Deutschland ist der Mehrheit der Bevölkerung vermutlich nicht bewusst und hat mit freundschaftlichen Beziehungen (wie sie immer über die Medien beteuert werden) wohl wenig zu

tun. **Lord Ismay**, der erste Generalsekretär der NATO, sagte einmal, Ziel des westlichen Verteidigungsbündnisses sei es, *„Die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“*. Das

bringt die Absicht Washingtons, dauerhaft in einem untergebenen Deutschland anwesend zu bleiben und damit gleichzeitig eine feindselige Stellung gegenüber Russland zu beziehen, auf den Punkt.

Weltweit unterhalten die USA über **750 (!!!) Militärbasen** und sind mit mehr als **173.000 Soldaten** in **159 Ländern**. Zum Vergleich: Russland und China verfügen jeweils nur über weniger als 20 ausländische Stützpunkte. Den amerikanischen Steuerzahler kostete dieser Aufwand bis 2019 **jährlich 51,5 Milliarden US-Dollar** allein für den Bau und die Wartung der im Ausland genutzten Infrastruktur und **nochmals 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr** an Gesamtkosten für die Stützpunkte samt Personal. Nur ein Fünftel davon – also 30 Milliarden

US-Dollar – würde laut den Vereinten Nationen

ausreichen, um den Welthunger zu beenden. In der Militärbasis **Erbenheim bei Wiesbaden** geschehen in den letzten Wochen bzw. Monaten große Veränderungen. An diesem Standort hat das Pentagon seine **Kommandozentrale für den Ukrainekrieg** errichtet. Die militärische Unterstützung der Ukraine durch eine zu Beginn des Konflikts geschaffene Koalition aus 40 Ländern soll von hier aus gebündelt und koordiniert werden. Zu den weiteren Aufgaben zählen die Logistik der Waffenlieferungen und die Kampfausbildung von Soldaten. Offensichtlich weiß kaum jemand Bescheid, was dort geschieht! Vielleicht hängt es mit der deutschen Geschichte zusammen?

Historischer Rückblick

Seit Ende des 2. Weltkrieges ist unser Denken in Deutschland dahingehend geprägt, die USA als notwendige Ordnungsmacht zu akzeptieren, welche die Welt vor der Bedrohung durch Russland und seit 9/11 vor der Gefahr des Terrorismus schützt. Deutschland beteiligt sich immer aktiver an den Militäraktionen der NATO, dem strategischen Arm des Pentagon in Europa. Drohnenangriffe in Ländern wie Pakistan, Libyen, Afghanistan, Somalia, Jemen und dem Irak wurden bzw. werden über den US-Standort **Ramstein**, wo sich auch das **Hauptquartier der US-Air Force in Europa** befindet, gesteuert. Dies geschieht, obwohl unser Grundgesetz in Artikel 26 das Verbot eines Angriffskrieges zwingend fest schreibt: *"(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."* Doch sind wir wirklich Herren in unserem eigenen Land? Die deutsche Regierung scheint in wesentlichen Entscheidungen nach wie vor von der Zustimmung Washingtons abhängig zu sein. Dass



das so ist und dass Washington grundsätzlich keinen Widerspruch duldet, ist gerade kürzlich in Bezug auf den Anschlag auf Nord Stream 2 wieder deutlich geworden. Joe Biden hatte nämlich die Attacke auf Nord Stream längst wie folgt angedroht: *„Wenn Russland einmarschiert, das heißt Panzer oder Truppen wieder die Grenzen zur Ukraine überqueren, dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“* Aussagen wie diese, über die Köpfe deutscher Politiker hinweg und völlig an den Interessen der hiesigen Bevölkerung vorbei, stärken den Eindruck, dass das zum Ende des 2. Weltkriegs eingeführte **US-Besatzungsrecht** auch heute noch gilt. Das wäre ein echter Skandal und würde große finanzielle, rechtliche und politische Konsequenzen für Deutschland bedeuten. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR haben die USA nämlich immer wieder versucht, ihr Machtmonopol auf die ehemaligen Staaten der Sowjetunion und auch auf Russland auszudehnen.

Der **Ukrainekrieg** hat nun zu einer folgenschweren Entwicklung geführt. Offensichtlich wird Deutschland vom Pentagon stellvertretend als direkter

Kriegsgegner Russlands positioniert. Kurz vor dem Kriegsausbruch im Februar wurden die amerikanischen Truppen „aus Sicherheitsgründen“ aus der Ukraine abgezogen. Am 4.11.2022 kündigte das US-amerikanische Verteidigungsministerium an, die USA wollten ihre Hilfe für das ukrainische Militär am Standort Wiesbaden-Erbenheim bündeln. Das neue Kommando trägt offiziell den Namen **Security Assistance Group Ukraine (SAGU)**. Im Sommer 2022 wurde bereits eine Gruppe Logistik-Spezialisten (hochrangige Beamte aus über 25 Ländern) in Wiesbaden etabliert. Ihre Aufgabe: Waffen- und Ausrüstungs-Spenden aus über 40 Ländern an die Ukraine zu koordinieren. Herbert Martin, Präsident des International GeoPolitical Institute in Wien, kommentiert: *„Und wenn die USA jetzt diese Militärzentrale für die Ukraine in*

*Wiesbaden einrichten, wird damit Deutschland genau der Fokuspunkt eines eventuellen Angriffes von Russland, weil hier Deutschland zusammen mit Amerika **Kriegspartei** ist. Deutschland wird zur Zielscheibe einer direkten Konfrontation mit Russland. Das ist genau das, was die USA planen – einen Krieg in Europa zu entfachen.“*

Deutschland als Zielscheibe einer direkten Konfrontation mit Russland? Das klingt unfassbar, für viele vielleicht auch nach einer Verschwörungstheorie. Aber wenn die USA von deutschem Boden aus die Ukraine mittels einer Allianz aus 40 Ländern bewaffnen, versorgen und ausbilden, dann wird Deutschland doch ganz offenkundig zum unmittelbaren Kriegsgegner Russlands. Washington und das Pentagon sind über 6000 km weit weg und so ist es wohl mehr als naheliegend, dass im Konfliktfall zuerst die Filiale des Pentagon in Erbenheim angegriffen



wird. Erinnern wir uns an den Beginn des Ukrainekriegs: Am 24. Februar 2022 griff Putin, für viele völlig unerwartet, die Ukraine an. Die meisten militärischen und politischen Einschätzungen, die in den Medien gezeigt wurden, erwiesen sich als falsch. Wir sollten uns nichts vormachen! Sollte sich Russland zu sehr in die Enge getrieben fühlen – nicht auszudenken, wie schnell ein katastrophaler Krieg gerade hier, mitten in Europa, ausbrechen könnte.

Drohnenkrieg aus Deutschland

Infolge des 11. September 2001 dürfen Terrorverdächtige nach US-amerikanischem Recht jederzeit und an jedem Ort getötet werden. Die Deutsche Welle schreibt dazu: „Der frühere US-Drohnenpilot Brandon Bryant sagte 2015 vor

dem NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags aus, Ramstein sei "die **zentrale Relaisstation**" für die **Tötungsmissionen** gewesen: Die über einem Einsatzgebiet kreisenden Drohnen kommunizierten via Satelliten mit dem Stützpunkt in Deutschland. Dort werde das Signal verstärkt und per Glasfaserkabel in die USA geschickt. Von Endpunkten in den USA aus würden Ziele markiert und tödliche Raketen oder Drohnen ausgelöst.“

Es ist ein Skandal, dass das rheinland-pfälzische **Ramstein** als zentrale Drehscheibe für diese weltweiten unrechtmäßigen US-Drohnenangriffe dient. Die Bundesregierung und einzelne Politiker spielen diesen Tatbestand immer wieder herunter. US-Interventionen – um das Kind beim Namen zu nennen: Wir sprechen von Kriegen! Und die werden meistens mit Worthülsen begründet: Da geht es um die „Nationale Sicherheitsstrategie“ oder um „Konfliktabschreckung“, um „demokratische Lösungen“ oder die „Sicherung des Friedens“ Diese Formulierungen sind zutiefst heuchlerisch. Kriege sind immer unmenschlich. Es geht in allererster Linie um Rohstoffe und geostrategische Vorteile. Wenn Kriege wirklich Frieden bringen würden, müsste sich das dann nicht auch in der Bilanz der US-Antiterrorkriege eindeutig zeigen? Das genaue Gegenteil ist der Fall: Das "Watson Institute For International And Public Affairs" der Brown University, in den USA, hat eine Projektstudie über die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten der US-Kriege nach dem 11. September 2001 herausgegeben. Hier eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse:

- Mindestens **929.000 Menschen** kamen durch direkte Kriegsgewalt ums Leben (Streitkräfte aller Seiten, Zivilisten, Journalisten, humanitäre Helfer).
- Unzählige Verluste durch indirekte Kriegsfolgen: Unterernährung, beschädigte Infrastruktur und Umwelterstörung.
- **Vertreibung von 38 Millionen Menschen** durch die Kriege in Afghanistan, Pakistan,

Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Somalia und auf den Philippinen.

- Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten und der Menschenrechte im In- und Ausland.
- Ein Großteil der Mittel für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft ist durch Betrug, Verschwendung und Missbrauch verloren gegangen.
- Kosten der Kriege nach 9/11 im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Syrien (und weitere): etwa **8.000 Milliarden Dollar**.

Nach dem unvorstellbaren Grauen und Leiden der beiden Weltkriege schworen sich die Menschen „**Nie wieder Krieg!**“ Was an Bildern und Schicksalen aus den aktuellen Kriegsgebieten im Netz zu sehen ist, lässt ein einziges Fazit zu: Schluss mit Krieg, genug der Grausamkeiten und unendlichen Leiden.

NACHGEDANKEN

- Die Bundesrepublik Deutschland hat seit Ende des 1. Weltkriegs bis heute noch immer **keinen Friedensvertrag** mit den Siegermächten des 1. und 2. Weltkriegs, obwohl noch bis zum Jahr 2010 Reparationszahlungen für den 1. Weltkrieg geleistet wurden.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar ein Grundgesetz, aber nach Art. 146 Grundgesetz keine eigene Verfassung.
*Zitat: „Dieses Grundgesetz, das nach **Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands** für das **gesamte deutsche Volk** gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine **Verfassung** in Kraft tritt, die von dem **deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist**“.*
- Der Internationale Gerichtshof in den Haag hat festgestellt hat, dass die BRD **Rechtsnachfolgerin des „3. Deutschen Reichs“**

von Adolf Hitler ist (s. auch: ZDF Nachrichten

vom 03.02.2012 hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=ws4JuL0H8Ks>)?

- Die **Feindstaatenklausel** der UN-Charta gegen Deutschland ist bis heute **nicht gestrichen** und keinesfalls obsolet, wie vielfach behauptet wird. Sie ist weiterhin voll wirksam und **kann damit jederzeit angewendet werden**.

Die Feindstaatenklausel ist ein Passus in den Artikeln 53 und 107 sowie ein Halbsatz in Artikel 77 der Charta (oder Satzung) der Vereinten Nationen, wonach gegen **Feindstaaten** des Zweiten Weltkrieges von den Unterzeichnerstaaten **Zwangmaßnahmen** ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls die Feindstaaten erneut eine **aggressive Politik** verfolgen sollten. Dies schließt auch **militärische Interventionen** mit ein. Als „Feindstaaten“ werden in Artikel 53 jene Staaten definiert, die während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Signatarstaates der UN-Charta waren (also primär Deutschland und Japan – genau genommen das Deutsche Reich und das japanische Kaiserreich).

Es stellt sich die Frage, ob diese Punkte die Ursache dafür sind, dass die Bundesrepublik Deutschland bis heute als Vasall der Vereinigten Staaten von Amerika den Besatzungsstatus nicht abgelegt hat.

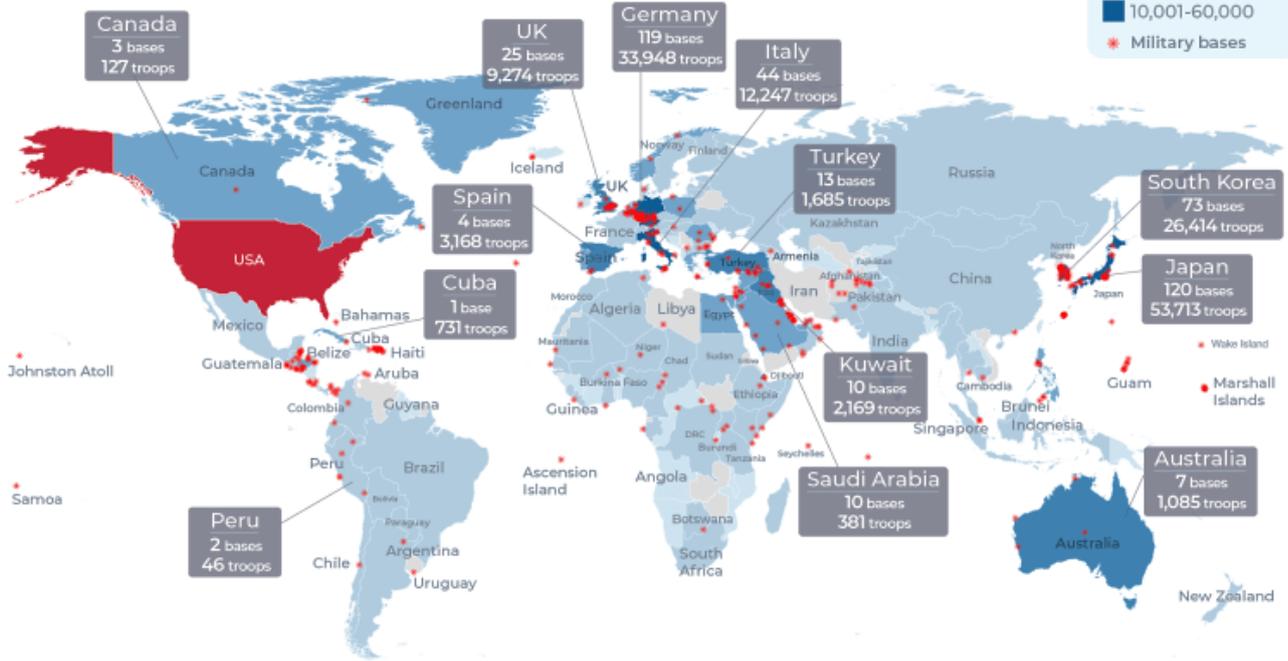
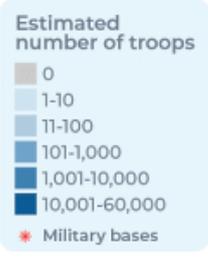
Und eine weitere Frage schließt sich an: Weshalb ist es unseren Politikern seit fast 80 Jahren nach dem 2. Weltkrieg „nicht gelungen“, einen Friedensvertrag mit den Siegermächten zu schließen? Die Gründe dafür könnten vielschichtiger sein, als man zu glauben annimmt.



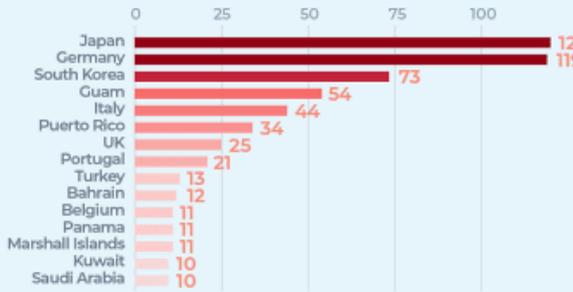
US MILITARY

US military presence around the world

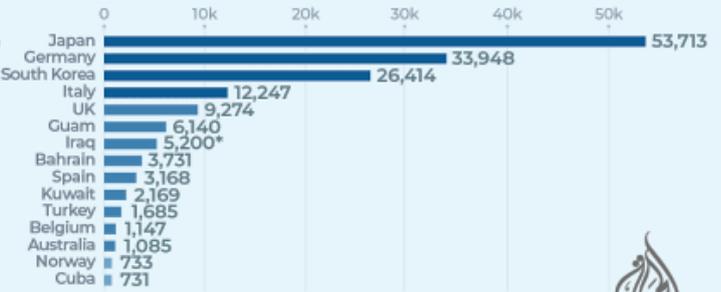
The US has about **750 bases in at least 80 countries** around the world. It has approximately **173,000 troops deployed in 159 countries**.



Countries with the most number of US bases



Countries with the most number of US troops



Sources:
 Allen, Michael A., Michael E. Flynn, and Carla Martinez Machain. 2021. "Global U.S. military deployment data: 1950-2020."
 David Vine, "Lists of U.S. Military Bases Abroad, 1776-2021," American University Digital Research Archive, 2021

*as of 2020

@AJLabs ALJAZEERA



GLEICH, GLEICHER, UNGLEICH

BEAMTENVERSORGUNG UND RENTENVERSICHERUNG IM VEGLEICH 2020

Die Diskussion über Alterssicherung ist aufgrund der demografischen Entwicklung, wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Zuwanderung aktueller denn je. Insbesondere dadurch, dass bestimmte Berufsgruppen wie Ärzte, Apotheker, Landwirte, Rechtsanwälte, Künstler, Selbständige und Freiberufler etc. eigene Versorgungseinrichtungen haben oder nicht rentenversicherungspflichtig sind und auch Sozialhilfeempfänger keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Vernachlässigt wird so, dass auch die anderen Leistungssysteme vom demografischen Umbruch betroffen sind. Das gilt insbesondere für die Beamtenversorgung.

Diese Ausklammerung erweist sich als zunehmende problematisch. Denn es ist absehbar, dass auf Bund, Kommunen, ehemalige Staatsbetriebe (Bahn und Post) sowie vor allem auf die Länder in den nächsten Jahren stark steigende Ausgaben für die Versorgung einer wachsenden Zahl von pensionierten Beamten und Beamtinnen zukommen werden. Zugleich ist angesichts der vorliegenden Daten über die Höhe der Pensionen nicht zu übersehen, dass die Beamtenversorgung im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung eine gleich **mehrfache Besserstellung** aufweist.

- Zwar sind die Leistungen der beiden Systeme wegen ihrer abweichenden Strukturprinzipien nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Dennoch zeigt bereits ein grober Blick auf die Höhe der Durchschnittspensionen im Vergleich zu den durchschnittlichen GRV-Altersrenten, und zwar auch von Rentnern und Rentnerinnen mit einer langjährigen Erwerbs- und

Versicherungszeit, **erhebliche Unterschiede** auf.

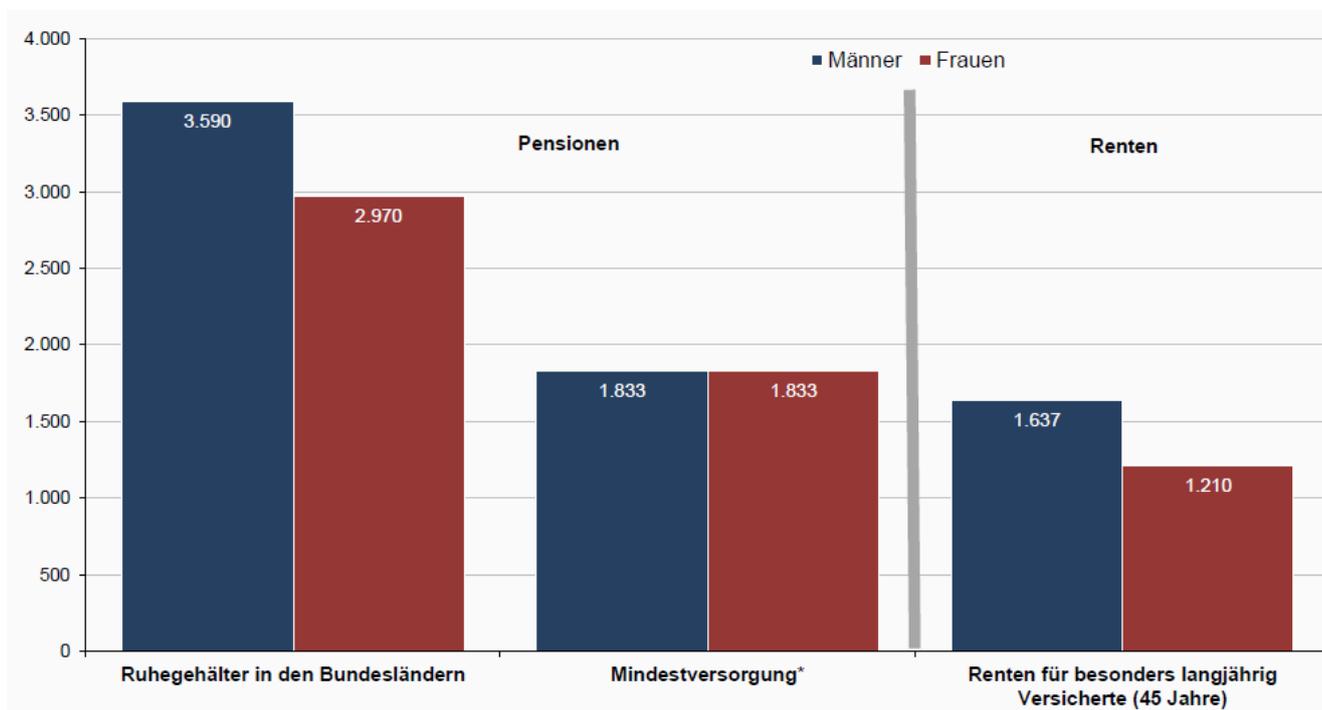
- Pensionäre im Bereich der Bundesländer (das sind knapp 60 % der 1,7 Mio. Versorgungsempfänger in Deutschland) erhielten 2020 eine Bruttopension von monatlich **3.590 Euro** (Männer) bzw. **2.970 Euro** (Frauen). Die durchschnittlichen GRV-Bruttorenten liegen weit niedriger. Dies gilt auch bei jenen Versicherten, die über 45 Jahre Versicherungszeiten aufweisen („besonders langjährig Versicherte“). Hier erreichen die Zahlbeträge im Jahr 2020/alte Bundesländer nur **1.637 Euro** (Männer) bzw. **1.210 Euro** (Frauen).
- Der Unterschied der Beamtenversorgung zur **Rentenversicherung** zeigt sich in mehrfacher Hinsicht: Während bei der GRV die Entgeltpunkte die **lebensdurchschnittliche** Einkommensposition widerspiegeln, ist bei der **Beamtenversorgung das letzte Entgelt** entscheidend. Das letzte Entgelt ist aber in aller Regel mit der im Lebensverlauf höchsten relativen Einkommensposition identisch (so bei einem kariereförmigen Berufsverlauf und gerade bei einer Beamtenbesoldung, die sich auch nach dem Lebensalter bzw. dem Senioritätsprinzip richtet) und liegt damit oberhalb der lebensdurchschnittlichen Einkommensposition. Außerdem kennt die Beamtenversorgung keine Beitragsgrenze, die für die GRV typisch ist, so dass alle, also auch sehr hohe Beamtenbezüge, im Alter abgedeckt werden.

- Als besonders drastisch erweisen sich die Unterschiede, wenn die Höhe der **Mindestversorgung von Beamten** betrachtet wird. Nach fünf Dienstjahren und unabhängig von der Arbeitszeit (also auch bei einer Teilzeitbeschäftigung) liegen die Mindestversorgungsbezüge bei 1.833 Euro (Baden-Württemberg, halber Familienzuschlag). Eine Versichertenrente **unterhalb** der Höhe der **Beamtenmindestversorgung** von rund 1.800 Euro erhielten 2020/alte Bundesländer **83 % der Männer und 98,4 % der Frauen**.
- Die Rentenversicherung kennt keine Mindestrente. Die Rentenaufstockung im

Regelwerk der neuen Grundrente ist an mindestens 33 Versicherungsjahre gebunden und ist abhängig von der Höhe des eigenen Alterseinkommens und auch des (Ehe)Partners.

Es fragt sich, ob diese Unterschiede noch länger vertretbar sind. Die Konzeption einer schrittweisen Einführung einer **Erwerbstätigenversicherung**, die auch die Altersabsicherung von Selbstständigen und Beamten einschließt, liegt schon lange auf dem Tisch. Es wird Zeit, sie in der neuen Legislaturperiode umzusetzen.

Beamtenpensionen und Versichertenrenten im Vergleich 2020
Durchschnittswerte brutto in Euro/Monat



*Baden-Württemberg 2021, nach 5 Jahren Dienstzeit

Quelle: Statistisches Bundesamt (2021), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes, Fachserie 14, Reihe 6.1; Deutsche Rentenversicherung Bund (2021), Rentenversicherung in Zahlen



WÄHLEN ODER NICHT WÄHLEN?

„Wir leben in einer offenen Psychiatrie. Die schweren Fälle sitzen auf der Regierungsbank, der Nachwuchs klebt auf der Straße“.

Wie ist die staatliche Parteienfinanzierung geregelt?

Die Parteienfinanzierung ist gesetzlich geregelt. Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben grundsätzlich Parteien, die bei Europa- oder Bundestagswahlen mindestens 0,5 Prozent oder bei Landtagswahlen ein Prozent **der abgegebenen gültigen Stimmen** für ihre Listen erreicht haben. Für die Stimmen bekommen die politischen Parteien staatliche Geldmittel.

Für 2021 waren das:

- für die ersten vier Millionen Stimmen je 1,06 Euro
- und 87 Cent für jede weitere Wählerstimme

Die staatlichen Mittel für die politischen Parteien werden immer wieder auch an die Teuerungsrate angepasst, steigen damit also regelmäßig.

Gibt es Grenzen?

Ja, zwei sogar. Eine absolute Obergrenze legt die Summe fest, die an alle anspruchsberechtigten Parteien ausgezahlt wird. Sie lag im Jahr 2021 bei **200.049.468 Euro**.

Zugrunde gelegt wurde eine Anpassung an die Preisentwicklung um 1,3 Prozent.

Da aus dem Grundgesetz aber ein Verbot überwiegend staatlicher Parteienfinanzierung abgeleitet wird, darf der staatliche Anteil nicht jenen überschreiten, den Parteien selbst erwirtschaften – etwa über Mitgliederbeiträge und Spenden. Das ist die relative Obergrenze.

Fazit:

- Jede Partei mit min. 0,5 % (Euro-/Bundestagswahl) bzw. 1 % (Landtagswahl) der gültigen Wählerstimmen erhält staatliche Geldmittel.
- NICHTWÄHLER oder ungültige Stimmen **beeinflussen die Höhe des Gesamtgeldmitteltopfs nicht**. Die Mittelverteilung erfolgt anteilig nach Anzahl der Parteien und der jeweiligen Wählerstimmen darauf.

Festgesetzte Mittel (= staatliche Teilfinanzierung)

Partei	Mittel (2021) in €
SPD	56.110.142,99
CDU	51.005.911,45
GRÜNE	30.092.465,94
FDP	16.033.499,25
CSU	15.705.761,08
DIE LINKE	12.598.257,49
AfD	11.002.878,01
FW Freie Wähler	2.300.538,12
Tierschutzpartei	1.376.698,14
ÖDP	1.248.888,86
dieBasis	678.892,93
DIE PARTEI	503.186,83
Volt	464.559,53
Piratenpartei	392.516,47
Bayernpartei	202.348,62
SSW	145.525,43
BVB/FREIE WÄHLER	101.907,98
FAMILIE	42.270,32
Tierschutz hier!	29.637,38
Team Todenhöfer	13.581,18
Absolute Obergrenze	200.049.468,00



NEHMEN IST SELIGER DENN GEBEN

Sogenannte NGOs und Philanthropen greifen mit ihren Stiftungen bekanntermaßen seit Jahren weltweit Steuergelder in Millionenhöhe für ihre zum Teil äußerst dubiose Zwecke ab.

Nutznießer ist in aller Regel eine Gruppe von interessens- und ideologiegelakten Unternehmensnetzwerken - nicht selten von korrumpierten Politikern unterstützt. Durch ihren Status der Gemeinnützigkeit und der damit verbundenen nahezu umfassenden Steuerfreiheit, wachsen die Vermögen solcher NGOs und „Stiftungen“ seit Jahren unaufhörlich. Während sich Wirtschaft und private Vermögensverhältnisse zunehmend im Abwärtstrend befinden, vereinnahmen währenddessen sogenannten gemeinnützigen Unternehmen Schritt für Schritt die Hoheit über das Wohnen, das Gesundheitswesen, die Bildung und vieles mehr.

Amadeu Antonio Stiftung

Ein exemplarisches Beispiel: Die „**Amadeu Antonio Stiftung**“, die bis März 2022 von Anetta Kahane, einer ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiterin der DDR-Staatssicherheit (IM), als hauptamtliche Vorsitzende geführt wurde.



Pressestimmen dazu: „*Erst jüngst ist sie (Anm. die Stiftung) wieder wegen einer steuerfinanzierten Schnüffel-Fibel für Erzieher in die Schlagzeilen geraten. Auch ihre Finanzen geben immer wieder Anlass zu Fragen und Kritik*“. Oder: „*Eine Meldestelle Antifeminismus, (...) und das Verbreiten von Hass und Hetze gegen die AfD genügen der*

*sogenannten Amadeu Antonio Stiftung, die nichts weiter als eine **linksradiakale Steuergeld-einsammelstelle** ist, um mehr als zwei Millionen Euro an Steuergeldern zu erhalten. Es ist absurd, wie die Bundesregierung die hart von den Bürgern erarbeiteten Steuermittel mit vollen Händen für ihre Propaganda aus dem Fenster wirft (...)*“

In den Jahren 2008 bis 2014 erhielt die Stiftung fast **6,2 Mio. Euro** an Zuschüssen, insbesondere **vom Bundesinnenministerium**. Im Durchschnitt jährlich fast **900.000 Euro**. Das sind etwa zwei Drittel der Einnahmen. Im Jahr 2021 waren es **2,1 Mio. Euro**, im Jahr 2022 mehr als **2,2 Mio. Euro** allein aus **Bundesmitteln**. Außerdem erhöhte sich der **Personalaufwand** der Stiftung in 2021 um **zusätzliche 1,5 Mio. Euro** und damit um **satte 30 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr! Zum Vergleich: Das Digitalisierungsbudget für die gesamte Bundesverwaltung beträgt für 2023 übersichtliche 3,4 Mio. Euro.

Der Deutschlandfunk schrieb schon am 29.03.2015:

Die Steuermillionen für politische Stiftungen

„Sie sollen bürgernah und politikfern agieren: politische Stiftungen. Doch Kritiker halten die Vergabe von Steuermitteln an die bestimmten Parteien nahestehenden Organisationen für intransparent – und bemängeln generell das Anwachsen der frei verwendbaren Gelder.

Überall ist Sparen  angesagt – nur nicht bei den sechs parteinahen Stiftungen in Deutschland: Knapp **468 Millionen Euro** erhielten sie im vergangenen Jahr aus dem Bundeshaushalt:

die Friedrich-Ebert-, Konrad-Adenauer-, Friedrich-Naumann-, Hanns-Seidel-, Heinrich-Böll- und Rosa-Luxemburg-Stiftung. **Allein in den letzten zehn Jahren stieg das Budget der politischen Stiftungen um 50 Prozent. Ist die Summe angemessen? Oder ist etwas dran am Vorwurf, die im Bundestag vertretenen Parteien würden sich über den Umweg ihrer parteinahen Stiftungen Steuergelder zuschustern?**“

 SPD	 CDU
 FDP	 CSU
 B90/GRÜNE	 LINKE

United4Rescue

Die Bundestagsvizepräsidentin und Alt-Grüne **Katrin Göring-Eckardt** ist seit über einem Jahrzehnt einer der größten Ideologietreiber, wenn es darum geht, so viele Migranten wie nur irgend möglich ins Land zu holen, vornehmlich junge arabisch-muslimische Männer und Afrikaner.

Der Partner von Göring-Eckardt ist **Thies Gundlach**, Chef von „United4Rescue“, eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die Menschen aus Nordafrika aufs Meer lockt mit dem Versprechen, sie illegal nach Europa anstatt ein paar Seemeilen zurück an die sicheren Küsten zu bringen. Der **Haushaltsausschuss des**



Bundestages hat beschlossen, United4Rescue im Jahr 2023 **zwei Millionen Euro** für die zivile Seenotrettung zur Verfügung zu stellen. Für die darauffolgenden Jahre 2024-2026 ist jeweils dieselbe Summe vorgesehen.

Heinrich-Böll-Stiftung

Apollo News schreibt am 18.10.2023:

„Die grüne parteinahe Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt NGOs in den palästinensischen Gebieten, die als Terrororganisation eingestuft werden - und die beteiligt waren an der jetzigen Terror-Welle gegen Israel.“



Wie Politiker der meisten Parteien präsentieren sich führende Grüne angesichts des Hamas-Terrorkriegs gegen Israel aktuell gerne als die größten Freunde Israels. Dagegen sprechen allerdings nicht nur die zahlreichen anti-israelischen Äußerungen grüner Politiker in der Vergangenheit, sondern auch das konkrete Engagement der (staatlich finanzierten) Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung vor Ort.

Auf der Website des Ramallah-Büros der Stiftung springen Videos ins Auge, die „mit unserem Partner Al-Haq“ produziert wurden – bis heute. Die Organisation „Al-Haq“ wird von Israel als Terrororganisation eingestuft. Denn sie gehört wie viele der anderen anti-israelischen Gruppen, mit denen die grüne Parteistiftung zusammenarbeitet, zum Vorfeld der „Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)“.

Agora Energiewende



Geldgeber hinter Graichens Agora Energiewende finanzieren auch anti-israelisches Samidoun-Netzwerk.

Gelder des Millionen schweren „Dark Money“-Netzwerks der US-Gruppe **Arabella Advisors** landeten sowohl beim deutschen

Klima-Lobby-ThinkTank **Agora Energiewende**, mit dem ehemaligen Geschäftsführer **Patrick Graichen** - als auch bei der palästinensischen Samidoun-Organisation, die in Deutschland verboten werden soll.

Was haben die **Agora Energiewende**, berüchtigt geworden durch ihren ehemaligen Chef und späteren **Habeck-Staatssekretär Patrick Graichen**, und die anti-israelische terrornähe Organisation Samidoun, die in Deutschland verboten werden soll, gemeinsam?

Beide bekamen hunderttausende Euro aus dem gleichen amerikanischen „Dark Money“-Netzwerk. Die Spur dazu führt nach Washington D.C., wo „Arabella Advisors“ sitzt. Die linke Consulting-Firma ist das Herz eines Netzwerks, das hunderte Millionen US-Dollar in die amerikanische Politik manövriert. Das US-Magazin The Atlantic betitelte die Firma als die **„riesige progressive Dark-Money-Gruppe, von der Sie noch nie gehört haben“**.

Arabella Advisors kontrolliert dabei mehrere **Non-Profit-Organisationen** unter verschiedenen Namen, die wiederum andere Non-Profits sponsern und so ihr Geld in die Politik einbringen, ohne aber die ursprünglichen Spender nennen zu müssen. „Dark Money“ (zu dt. „dunkles Geld“) nennt man die Praxis, bei der man keine Kandidaten oder Parteien explizit unterstützt, dafür aber politische NGOs und Vorfeldorganisationen, die so Politik und Wahlkämpfe beeinflussen. Mehr als **1,2 Milliarden US-Dollar** flossen so im US-Wahljahr 2020 durch das Netzwerk von Arabella Advisors.

In den USA verteilt man so großzügig Gelder an Gleichgesinnte – ein Teil geht auch ins Ausland. In Deutschland etwa an die „Agora Energiewende“. Die **Klimalobby-Organisation**, die beinahe ein Jahrzehnt von **Patrick Graichen** angeführt wurde, bevor er als **Staatssekretär in Habecks Wirtschaftsministerium** wechselte, erhielt im vergangenen Jahr **485.853 Euro** vom amerikanischen „Windward Fund“. Der Windward Fund ist genau eine jener Non-Profits, die Arabella Advisors für ihre Gelderverteilung verwendet.

Die Liste steuerfinanzierter Parteien, NGOs, Stiftungen und Lobby-Verbände ließe sich noch beliebig weiter fortsetzen. Die Frage bleibt: Finde ich das gut und will ich das?

Wohin verschwinden meine Steuergroschen sonst noch?

Seit Jahren zerbröseln Deutschlands Infrastruktur, die Wirtschaft, das Bildungs- und Gesundheitswesen u.v.a.m. Stattdessen wird mit Steuermitteln zunehmend in fragwürdige NGO's, dubiose philanthropische Stiftungen und Rüstung "investiert". Ein Großteil der Steuermittel verschwindet zusätzlich für die Schuldentilgung des Bundes. Dies alles zahlen WIR - die Steuerzahler.

Zwei Dinge wird man mit ziemlicher Sicherheit nicht zurückbekommen:

Gezahlte ZINSEN und STEUERN.

Ein Steuerbeispiel für 2023:

Single, zu versteuerndes Einkommen 32.000 Euro, Niedersachsen.

Steuerlast: **5.295 Euro** (davon gehen 4.500 Euro an den Bund und die Länder, 795 Euro an die Gemeinde).

Unser Beispiel-Steuerzahler finanziert u.a.:

- **427 Euro** Verteidigung
- **412 Euro** ALG (SGB II) und Grundsicherung SGB XII)
- **368 Euro** Schuldendienst
- **203 Euro** Politische Führung und Verwaltung
- **162 Euro** Allgemeinbildende und berufliche Schulen (inkl. Verwaltung und Versorgung/ Beihilfe für Versorgungsempfänger Bereich Schulen!)

- **130 Euro** Straßen und Eisenbahn
(Verwaltung dafür: **plus 13 Euro**)
- **82 Euro** Verwaltung für soz. Angelegenheiten
und Finanzverwaltung
- **82 Euro** Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- **36 Euro** Kultur und Religion
- **22 Euro** Gesundheitswesen
- **18 Euro** Folgen des Krieges
- **4 Euro** Sport und Erholung

Quelle:

<https://www.smart-rechner.de/steuerverwendung>

FAZIT:

Aus der Verteilung der Steuern anhand des Beispiels lässt sich unschwer erkennen, welche Schwerpunkte durch unsere „Eliten“ in der Politik gesetzt werden.

Beachtenswert ist das Verhältnis der Ausgaben für Verteidigung, für Leistungsbezieher (Bürgergeld etc.), für den Schuldendienst und die „Politischen Bildung“ (insgesamt 1410 Euro) zu den Ausgaben wie zum Beispiel für die Öffentlichen Sicherheit und Ordnung und das Gesundheitswesen. (insgesamt 104 Euro), was einem Verhältnis von rund 13,5 zu 1 entspricht!

Bemerkenswert ist auch der Aufwand für die Verwaltung von Sozialen Angelegenheiten und Finanzverwaltung im Vergleich zum Aufwand für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, der nahezu gleich ist (jew. 82 Euro).

Nachdenklich können auch die Ausgaben für die „Folgen des Krieges“ im Verhältnis zu Sport und Erholung stimmen: 4,5 zu 1.

Und man stellt sich die Frage: Quo vadis Deutschland?

